Jahrg. 1. Sonnabend, den 18. Juni 1921. Nr. 4.

FREIES WORT FÜR OBERSCHLESIEN.

Erscheint 2 mal wöchentlich | Für Freiheit und Recht! | Preis pro Exempl. 30 Pfennig

Liquidation des Aufstandes?

Durch Übereinkommen zwischen der I. K. und der polnischen Aufstandsleitung wurde die Demobilisation der polnischen Insurgentenarmee perfektioniert. Dementsprechend verhielten sich die Polen in den letzten Tagen bereits völlig passiv und ohne jede Angriffe. Bedauerlicherweise liegt aber die Sache auf der deutschen Seite wesentlich anders und es muss leider festgestellt werden, dass am 12. ds. Mts. Artillerieattaken auf Markowitz, Nensa und Zembowitz erfolgten. Durch diese ganz unbegreifliche Haltung der deutschen Selbstschutzkämpfer wird nicht nur **die geplante Liquidation** des Aufstandes **in Frage gestellt**, sondern eine unter Umständen **höchst prekäre Lage** geschaffen.

Soweit die Liquidation des Aufstandes in Frage kommt, ist erstens eine **völlige Demobilisation der Truppen** vorgesehen, zweitens an ihrer statt eine **oberschlesische Militz in Aussicht** genommen, die im Einvernehmen mit der I. K. eingeführt werden soll und sich aus Oberschlesiern polnischer Zunge zusammensetzt, so dass eine Zwangseinstellung deutscher Elemente absolut vermieden ist.

Diese Friedensmelodie klingt aber noch aus sehr weiter Ferne zu uns und es scheint im gegebenen Momente sogar noch recht fraglich, ob ihr Klang voll an unser Ohr tönen, oder vom Brüllen der Geschütze übertönt werden wird.

Es ist verständlich, dass man sich polnischerseits verbehielt mit der Demobilisierungsaktion solange zu warten, bis auch Höfer, der Führer der deutschen Selbstschutzformationen ein gleiches tut. Bis dahin will man „Gewehr bei Fuss" stehen und abwarten, bis der Moment gekommen ist. Leider aber sind Anzeichen dafür vorhanden, dass **Höfer wenig geneigt** scheint, **sich dem Willen der I. K. unterzuordnen**, denn nicht allein die unverständlichen Bombardements von Ortschaften, sondern vor allem weitere Verstärkungen, Nachschübe und das Festhalten der Besetzung des Annaberges, des Schlüssels für Oberschlesien, sind böse Vorzeichen. Solange aber nicht auch General Höfer Vernunft annimmt und sich zurückzieht, solange kann von einer Demobilisation der Polen ebensowenig die Rede sein, wie von einer Liquidation des Aufstandes. Die grösste Gefahr besteht aber darin, dass General **Höfer** seinen geäusserten **Plan** durchzuführen versuchen und sich zum **Vormarsch auf Gleiwitz** anschicken könnte. **Dies würde die Katastrofe und der Ruin Oberschlesien und des oberschlesischen Deutschtums sein,** denn es ist nicht zu zweifeln, dass die **Zerstörungsandrohungen** der Industrie **polnischerseits** bestimmt **in die Tat umgesetzt werden würden.** Was aber könnte ein Trümmerhaufen dem strebwütigen General nützen? Dagegen ist der Schaden nicht abzusehen, der den Deutschen aus einem solchen Wahnsinnsakt erwachsen würde.

Die Befreiung Oberschlesiens ist den Militaristen und preussischen Reaktionären nur Mittel zum Zweck, Mittel zur Wiedererichtung des alten Preussenstaates, des alten Preussengeistes. Dabei dürfen aber ehrliche Deutsche nicht ihre Hände rühren und mithelfen. Wir dürfen nicht dulden, dass das neue Elend, das Elend der Massen und der Einzelnen aus dem begrabenen alten Elend neugeboren werde.

Die interalliierten Staaten müssen um Oberschlesiens Schicksal und der Weltinteressen willen **ihre Macht aufwenden,** um den tobenden General zur Vernunft und Waffenniederlegung, wenn nicht anders so mit Gewalt, zu zwingen. Es heisst, dass die Berliner Regierung von der Reaktion gezwungen sei, den Höferstreich zu billigen. Um so stärker wäre die Verpflichtung für die Entente als Siegerin ihre Macht aufzubringen, um dieses räudige Schaf zur Raison zu bringen und der Regierung die Möglichkeit zu geben, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Die interalliierte Kommission hat die Macht und muss **aus Prestigegründen den renitenten deutschen General zum Gehorsam bringen.** Sie nützt sich, den Polen und auch den deutschen Oberschlesiern.

Die I. K. hat nun die Entscheidung. Möge sie **ein gerechtes Urteil fällen** und dem Polen geben, was ihm gebührt und dem Deutschen, was ihm zukommt. Vor allem aber möge sie sorgen, dass nicht durch einen unverantwortlichen, blutgierigen Eroberungsgeneral das Schicksal von Milliardenwerten und Millionen Menschen auf's Spiel gesetzt wird. Darum ist **die Lage noch immer furchtbar ernst** und wir werden erst aufatmen dürfen, bis die Selbstschutzhorden über die Plebiszitgrenze hinausgetrieben und entwaffnet sind.

L. Sp.

Deutsche streiken wegen Misshandlungen an Polen.

Aus Cottbus wird uns gedrahtet:

Die gesamte Arbeiterschaft aller sozialistischen Parteien von Cottbus hat ihrer Enrüstung und Verachtung gegen die unmenschlichen Misshandlungen an polnischen Gefangenen und Internierten im hiesigen Gefangenenlager dadurch Ausdruck gegeben, dass sie in einen 24 stündigen Proteststreik eingetreten ist.

Durch diese sichtbare Missfallenäusserung haben die Polen erhebliche Erleichterungen erhalten.

Es kann ferner gesagt werden, dass die Fraktionen der Arbeiterschaft im Reichstag die Vorgänge im Cottbuser Lager durch eine Anfrage an die Regierung zur Sprache bringen werden, wobei zu erwarten ist, dass es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen rechts und links kommen wird.

Es heisst, dass sämtliche Arbeiterfraktionen die Regierung im Kampfe gegen den dreister werdenden Reaktionismus durch eine strikte Erklärung unterstützen werden.

Hierzu erfahren wir noch:

Das Internierungslager in Cottbus stand zu Beginn des Aufstandes in Oberschlesien unter der Leitung militärischer Kreise und jener alldeutschen Rüppel, die durch falsche Nachrichten und Lügen aus Oberschlesien aufgeputscht waren, respektive als Reaktionäre „Ostmarkenverein" Anhänger sind.

Die falschen Nachrichten aus Oberschlesien sind die Arbeit des offiziösen Wolff'schen Telegrafenbüros, respektive dessen Filialen in Beuthen, besonders aber die Arbeit des Leiters der Filiale Breslau, namens Mayer, eines alten, politisch kurzsichtigen Menschens der von Oberschlesien und den Notwendigkeiten für dieses Land keine Ahnung hat, sowie dessen Vertreters in Oppeln.

Wenn wir der deutschen Regierung auch konzedieren wollen, dass sie nach Kenntniserhaltung der Zustände im Cottbuser Internierungslager die bisherige militärische Leitung des Dienstes enthoben und die Verwaltung an einen Ausschuss von Arbeitern und Bürgern der Stadt vergeben hat, so kann sie nicht freigesprochen werden von der Schuld, die Lügen- und Hetzberichte des W. T. B. zu dulden.

Will daher die deutsche Regierung ihren geäusserten ernsthaften Willen, zur Pazifizierung in O. S. beizutragen, kundtun, so jage sie die unfähigen und gewissenlosen Hetzer in W. T. B. zum Teufel. Die Macht hat sie, da sie ja das W. T. B. finanziell stützt.

Wertvolles Eingeständnis.

In einer der letzten Ausgaben der „Oppelner Nachrichten" befindet sich ein Leitartikel: „Oberschlesischer Selbstschutz". Der Verfasser dieses im höchsten Grade bemerkenswerten Artikels ist niemand anderer, als General d. Inf. a. D. von **Lequis,** bekanntlich einer der Führer der oberschlesischen Truppen im Weltkriege, (damit auch die nichtoberschlesischen, „oberschlesischen Volksführer" im deutschen Lager etwas lernen. Die Red.) Dass dieser Mann ein Assimillant oder Polenfreund sei, werden nicht einmal die verbissensten Hakatisten behaupten. Um so wertvoller ist sein Eingeständnis über die **schlechte Führung auf deutscher Seite,** das geradezu **vernichtend für die Volksvergifter** vom Schlage **Urbanek — Ulitzka — Quester — Ehrhardt** ist.

General v. Lequis schreibt u. a.:

„. . ., weil die **einheitliche,** die politische **Führung** und vor allem die leitende oberschlesische Persönlichkeit **fehlte,** wie sie die polnische Partei im Diktator Korfanty fatte".

„. . . Ein wesentlicher Grund ist aber die **nicht einheitliche Arbeit** für die Abteilungen. Es haben **zuviele Stellen neben- und** daher auch teilweise **gegeneinander gearbeitet.** (Die Pressestellen der verschiedenen Verbände, Orgesch, Plebiszitkommissariate und V. V. H. O. S. sind hierfür Schulbeispiele. Die Red.) Die **notwendige straffe Organisation,** die zur Gegenagitation gegen die polnische, zur **ökonomischen Verwaltung der Gelder** und sonstigen Mittel zur Erzielung einer einheitlichen Propaganda- und Pressearbeit utw., in **einer prominenten Persönlichkeit** ihre Spitze haben hätte müssen, wie auf polnischer Seite in Korfanty, **hat gefehlt".**

„. . . Die Zentralisierung aller in ihrem (polnischen, die Red.) Sinne wirkenden Kräfte in dem Diktator **Korfanty,** kam ihr dabei zugute. Sein am 21. März erschienener **Aufruf** war ein **klares Programm,** was Polen wollte und zugleich eine Kampfansage bis auf's Messer. Demgegenüber wurde **auf deutscher Seite nichts Durchschlagendes vorbereitet.** Dieses **Nachhinken hinter den Ereignissen** war leider nicht das erste Mal. Auch im August 1920 beim zweiten Polenaufstand hatten wir mehr oder weniger versagt".

Diese Offenherzigkeit des Generals **ist herzerfreuend,** wenn auch für die Deutschen **tief traurig.** Immer klarer und deutlicher ergibt sich **die Notwendigkeit** auf eine **Aussöhnung** mit unseren polnischen Mitbürgern **hinzuerwirken** und **es tut not, Umschau nach geeigneten Männern** zu halten, die an Stelle der früheren unfähigen Vergifter unsere politischen Geschicke in der Zukunft leiten.

Mögen sich noch recht viele Stimmen der Vernunft finden, damit diese **Schädlingselemente** restlos von der politischen Bildfläche Oberschlesiens **verschwinden** und **Aussöhnung, nationale Duldung** und **Vernunft** Einkehr halten.

— L. Sp. —

Trau, schau, wem?

Die „Oberschlesische Zeitung" hat sich veranlasst gefühlt, vor unserem Blatte zu warnen. **Herr Hatzel, wir warnen das Deutschtum vor Ihnen.** Sie sind kein Politiker sondern Musikkritiker, Ihr Lebenlang gewesen. Auch sind Sie **Bayer und kein Oberschlesier.** Was wollen Sie hier mit Ihrer Volksvergiftung. Reisen Sie ab, hier ist der Platz für Sie nicht.

Ihre Unfähigkeit in der oberschl. Politik beweisen Sie in Nr. 130 vom 11. Juli

[redacted]

Höfer, die Reaktion und die Reichsregierung.

In eingeweihten Kreisen weiss man genau, dass die **Lage der Reichsregierung** in der **Frage** des sogenannten **oberschl. Selbstschutzes** durchaus **schwierig ist.** Ihre dem General Höfer gegenüber eingenommene unterstützende und **lobende Haltung ist** nicht ganz freiwillig, sondern **erzwungen.**

Man wird auch nicht fehlgehen, den oberschlesischen **Selbstschutz** letzten und geheimsten Endes als **reaktionären Vorfühler** für einen „status quo ante" anzusehen und man soll das der Reichsregierung zum Teil recht unverhohlen zu verstehen gegeben haben.

Es scheint uns daher richtiger, wenn **die Entente** sich nicht so sehr an die Berliner Regierung wenden würde, vielmehr Herrn **Höfer direkt zu liquidieren zwänge.** Die **Gefahr** in dieser scheinbar harmlosen Frage ist **dreifach gross.**

1. Drohen die republikanischen Errungenschaften verloren zu gehen,

2. Droht der Entente **Revanchegefahr,** durch geplante Aufrichtung **der alten** Preussenmacht.

3. Und **für die Deutschen in Oberschlesien** am wesentlichsten ist **die Gefahr** für das Hab und Gut **bei** einem **Weiterführen des Kampfes** durch Höfer.

Also erwächst für jeden ehrlichen Deutschen die Pflicht, Regierung und Ordnung zu stützen und sich **von der Abenteuerpolitik** Höfers **loszusagen,** dessen Wirken in Oberschlesien im Jahre 1919 wohl mit den Grundstein legte zu vielem politischen Unheil, von dem wir Deutsche in Oberschlesien stets auch schwer erfasst werden.

— L. Sp. —

[redacted]

1921. Unter „Abwarten!" behaupten Sie:

Das zeigt sich auch ganz besonders darin, dass man in Warschau schon andere Seiten aufzieht und bereits von gütlichen Verhandlungen mit Deutschland spricht, auf die sich Deutschland natürlicherweise niemals einlassen kann, da es nicht mit einem einzelnen Mitgliede der Entente, sondern mit ihrer Gesamtheit zu rechnen hat.

Ph. H.

Wer das schreibt in dem Momente, wo die Notwendigkeit einer Versöhnung immer lauter betont wird, ist nicht reif zum Politiker, am allerwenigsten in Oberschlesien. Dagegen spricht er sich selbst das Urteil als systematischer Hetzer. „E. R." hat Nächstenliebe gepredigt. Allein Ph. H. kennt die Bibel nur, wenn er es will. Nächstenliebe aber wollen auch wir und darum sagen wir: „Trau, schau, wem?" Die „O. Z." ist kein Christenblatt.

Eine Amnestie?

Aus gut orientierter Quelle informiert man uns, dass der **Erlass einer Amnestie durch die I. K.,** ähnlich der nach dem Augustputsche von 1920 **sehr wahrscheinlich ist.**

Hierzu **erheben wir die Forderung,** dass **nicht deutsche Gerichte,** unbeschadet der eventuellen Amnestie, das Recht haben dürfen, **gegen Aufstandsteilnehmer pp. vorzugehen,** weil dadurch jeder Annäherungsversuch im Keime ersticken müsste. Man könnte auch nach den letzten Sondergerichtserfahrungen des März-Kommunistenputsches gewarnt sein.

Erneute Bankrotterklärung der oberschl. Industrie.

Die „Ostdeutsche Morgenpost" hat sich von einem deutschen Industriellen, der hier als germanisierender Bergwerksdirektor tätig ist, sagen lassen, dass eine erneute Krise in der oberschlesischen Berg- und Hüttenindustrie unmittelbar bevorstehe.

Das ist binnen 8 Wochen bereits die zweite Bankrottansage. Erstmalig wurde dies schon in jener bekannten industriellen Versammlung in Kattowitz behauptet, um mit diesem Köter für den alldeutschen Standpunkt zu retten, was noch zu retten war.

Damit dieser „Trumpf" der deutschen oberschlesischen Industrie nicht in Vergessenheit gerät, tischt ihn die „Morgenpost" ihren Lesern erneut auf.

Dass tatsächlich der oberschlesischen Industrie eine Krise droht, oder richtiger, dass sie sich infolge der widersinnigen Wirtschaftspolitik ihrer Führer bereits in einen solchen befindet, glauben wir. Aber diese Herren vergessen, dass bei objektiver Prüfung der Frage ein anderes Urteil herauskommen muss. Diese Krise wird mit demselben Augenblick beseitigt sein, mit welchem die oberschlesische Industrie ihre **unnatürliche** Haltung aufgibt und **den** Weg **beschreitet,** der durch die **natürliche** wirtschaftliche und geographische Entwicklung vorgeschrieben ist **und der für die Zukunft auch der einzig mögliche sein wird,** nämlich engste wirtschaftliche und industrielle Vereinigung des oberschlesischen Industriebeckens mit dem in benachbart liegenden östlichen Industriebezirke. **Ist** dies erreicht, **dann wird weder Produktion noch Absatz die geringste Störung erleiden.**

Dass dies die gegenwärtigen Industrieführer innerlich sicherlich einsehen, wollen wir zu ihrer Ehre annehmen, wenn anders wir sie für vernunftbegabte Menschen halten sollten, wenn sie aber germanophiler oder persönlicher Vorteile willen absichtlich einen derartigen wirtschaftsindustriellen Zusammenschluss sabotieren, dann müssen sie eben abtreten, um solchen Führern Platz zu machen, denen wirtschaftspolitische Gesundung und die rationellste Ausnützung der Produktion im Interesse der Gesamtheit mehr gilt, als ein pfründenreiner Direktionssessel.

dr. s.

Masochistische Lügenberichte.

Die „Kattowitzer Zeitung" vom 14. ds. Mts. bringt einen Bericht aus München (!) „Oberschlesiens Not" über eine Rede der bekannten anglofeindlichen Deutschamerikanerin Beverigde. Miss **Beverigde,** so ist festzustellen, **war jetzt nicht in Oberschlesien,** sondern im August 1920 auf Kosten der heimattreuen Verbände und **ist nicht objektiv sondern gekauft.** Dann sprach ein Freiwilliger **über Polengreuel,** dass man Bayern an die Wand nagelte, kreuzigte, blendete und von Schüssen förmlich durchlöcherte.

Das sind schamlose Lügen, die anno **1919 sogar vom offiziellen W. T. B. verbreitet wurden, sich aber als masochistische Fantasiegebilde hysterischer Presseschmierer des schlesischen Ausschusses herausstellten.**

Das tischt man heute wieder auf. Natürlich erzürnt das die Polen. Und wer trägt den Schaden? Der Deutsche in Oberschlesien; der Lügner im Reiche leider nicht. Oberschlesischer Deutscher mache Dich frei von der lügnerischen Verhetzungsbrut.

Wo aber bleibt der Stift, des Zensors. Wir bitten die I. K. um geneigte Antwort.

Zur wirtschaftlichen Lage.

Nach sechs Wochen beispiellosen nationalem Freiheitskampfe des bedrückten oberschlesischen Volkes sollen nach den bisherigen Berichten die Waffen ruhen und friedlich wie sonst wird dann die Junisonne über Oberschlesiens Feldern und Schloten wieder lachen! Aber nicht umsonst darf dieses Freiheitsringen gewesen sein, die errungenen Erfolge **müssen** bleiben, wenn überhaupt Gerechtigkeit auf Erden walten soll.

Drum will das oberschlesische Volk von der Rückkehr seiner bisherigen preussisch-alldeutschen Gewaltherren nichts mehr wissen und **nur unter dieser Voraussetzung** wird Ruhe Platz greifen statt der bisherigen Kämpfe. Die breite Masse — und das ist im Aufstandsgebiet die Mehrheit — fordert **eigene Verwaltungskörper,** sowie sie sich in der Zeit des Aufstandes schon einspielten und **bewährten.** Korfanty, auf den die Massen schwören, und der Vollzugsausschuss **müssen bleiben,** wenn überhaupt an politische Ruhe und Rückkehr zum Wirtschaftsleben gedacht werden soll. Das kann geschehen unbeschadet der Autorität der Interalliierten Kommission.

Während in der Ungewissheit der Vorabstimmungszeit das wirtschaftliche Leben Stockungen erlitt und während auch noch nach dem Plebiszit ein Wiederaufleben und Fluktuieren der Wirtschaftsproduktion mehr wie vordem zurückging, spielte sich schon kurz nach Beginn des Aufstandes das wirtschaftliche Leben wieder in lebhaftere Bahnen ein. Handel und Wandel, Verkehr und Produktion fingen an, wieder in Gang zu kommen. Der vernünftige Teil der Bevölkerung, ganz gleich welcher Nationalität, begrüsst diesen neugeschaffenen Gesundungszustand und will ihn **unter allen Umständen erhalten.** Ein Machtwort der I. K. und eine baldige Entscheidung im Sinne des für das Aufstandsgebiet sich ergebenhabenden Abstimmungsresultates würden unverzüglich geregelste Zustände eintreten lassen. **Nur so wird Oberschlesien seine wirtschaftliche Mission** erfüllen können, an der es beim Wiederaufbau des europäischen Wirtschaftslebens und Wirtschaftsfriedens in hervorragender Weise zufolge seiner Produktion und seiner Erdschätze mitzuwirken berufen ist.

Nur so wird dem gequälten Lande endlich der wirtschaftliche Friede kommen, den es zu seiner weiteren Entwicklung braucht. Der Ausgang des Aufstandes hat hier die Wege gebahnt, möchten sie von den Mächten, in deren Hand die Entscheidung liegt, beachtet und beschritten werden.

dr. s.

Lügenhafte Frontberichte.

Es ist bedauerlich, wenn man sich soweit prostituiert und um der Propaganda willen, lügt. Denn anders kann man wohl nicht einen gefälschten Frontbericht aus dem Insurgentenlager bezeichnen, als als Lüge. Warum aber informiert man sich da nicht besser, umsomehr, als der „Oberschlesische Kurier", der seinen Lesern mit einem falschen Bericht auftischte, sich gerade leicht hätte beim polnischen Kommondanten in Königshütte informieren können. In Nr. 132 vom 12. Juni l. J. berichtet er unter „Kampfberichte der Insurgenten, Vom 9. Juni".

Hauptquartier, 9. Juni. An der Front gab es ausser Patrouillen- und Vorfeldkämpfe keine grösseren Operationen. Die Deutschen konzentrieren bedeutende Kräfte im Gebiet Olschow, Slawentzitz, Kandrzin und Zalesche. Es handelt sich um ausgewählte Sturmkolonnen. Die Vorbereitungen stehen sicherlich in Verbindung mit dem geplanten weiteren Vormarsch der Deutschen auf Gleiwitz. Heute sind deutsche Fesselballons beobachtet worden. Unsere Kundschafter stellten starke deutsche Reserven in Gogolin und Krappitz fest.

Wir erteilen dem „Kurier", der in den letzten Tagen erfreuliche Anzeichen einer Aussöhnungspolitik zeigt, den guten Rat, diesem unverlässlichen Berichterstatter den Laufpass zu geben und tüchtig den Kopf zu waschen.

Politischer Mord in München

München. Der bekannte sozialdemokratische Führer und Abgeordnete **Garreis** ist einem verbrecherischen Anschlag zum Opfer gefallen. Die Tat, fällt den Rechtsparteien zur Last.

Diese Angelegenheit, die auch mit der oberschlesischen Frage in Verbindung steht, wird in unserer nächsten Ausgabe noch genauer beleuchtet werden. Die Red.)

Höfer muss nachgeben.

Gleiwitz, 17. Juni. Aus halbamtlicher Quelle erfahren wir, dass man seitens der I. K. fest entschlossen ist, General Höfer und den Selbstschutz zur Einhaltung der interalliierten Vorschriften nötigenfalls zu zwingen.

Die Eisenbahndirektion „unentwegt".

Kattowitz, 16. Juni. Wie wir hören, verhält sich die Eisenbahndirektion zur Verkehrsaufnahme noch immer ablehnend.

Präsident Schuhmacher hat Ähnlichkeit mit Karl, dem letzten von Habsburg. Er glaubt zu herrschen und hat doch nichts mehr zu sagen. Es gibt eben „Unentwegte", die noch immer nicht bemerken, dass die Zeit nicht stille steht. Die Red.

„Volkswille"-Widersprüche

Dass der Leitartikler in der dritten Spalte anderes schreibt, als in der ersten Spalte zu lesen steht, das ist eine bedauerliche Sache und keineswegs ein Erfolg, von dem der „Volkswille" in seiner Ausgabe vom 10. Juni l. J. schreibt. Unter der Überschrift: „32 Jahre Zwangsverwaltung" heisst es gleich im einleitenden Satz

Der Riss, den die Freundschaft zwischen England und Frankreich durch die notwendig gewordene Lösung der oberschlesischen Frage erhalten hat, scheint sich keineswegs geschlossen sondern ganz im Gegenteil verbreitert zu haben.

Dagegen heisst es im Leitartikel: „Ein ernstes Wort". 10. Zeile.

„... Das Spiel ist aus. Lloyd George und Briand reichen sich die Hände. Der Bund ist wieder fest. Und Korfanty ist das Opfer, auf dem Altar dieser Freundschaft. So die nüchterne Tatsache".

Ob die Schriftleitung des „Volkswille" die Freundlichkeit haben wird uns diese Widersprüche aufzuklären, respektive, warum verdummt man seine Leser so systematisch? Oder sollte das damals keine ganz nüchterne Tatsache gewesen sein, als der Artikel zustande kam? So wäre es auch ein Erfolg, wenn auch ein alkoholisierter. **Verdummungspolitik ist** auf jeden Fall **strafbar** und der „Volkswille" war bisher immer eines jener Blätter, das nüchtern und leidlich objektiv urteilte.

Exportaussichten für die polnische Industrie.

I. Teil.

Der polnischen Presse entnehmen wir die nachstehenden handelspolitisch interessanten Ausführungen:

Czesław **Klarner,** Sektionschef im polnischen Ministerium für Handel und Industrie, einer der bedeutendsten Fachleute auf diesem Gebiete, macht in der Warschauer Zeitschrift für Handel und Industrie („Przemysł i Handel") folgende Vorschläge bezüglich der Ausfuhr der polnischen Industrie:

Das unaufhörliche Sinken der polnischen Mark im Laufe der letzten Monate hatte zur Folge, dass der Arbeitslohn in den Industriebetrieben, trotz der ständigen Tendenz nach oben sich — in ausländische Valuta umgerechnet — **bedeutend niedriger stellte,** als der entsprechende Arbeitslohn im Auslande. Polnische Waren waren daher um ein bedeutendes billiger als im Auslande. Trotzdem hat die polnische Industrie die guten Aussichten für die Ausfuhr hauptsächlich infolge des Mangels an Brennmaterial nicht genügend ausnützen können. Durch die Zuweisung von monatlich 200 000 Tonnen oberschlesischer Kohle ist allerdings **die Lage wesentlich günstiger** geworden, aber noch immer ist der Kohlenbedarf Polens ein so gewaltiger, dass schon hierhin das wirtschaftliche Interesse Polens an der Zuteilung des oberschlesischen Industriegebietes als notwendig erscheinen muss.

Welches sind die **realen Möglichkeiten für die Ausfuhr** der Industrieerzeugnisse im gegenwärtigen Augenblick für die Textilindustrie in der bereits 50% der Betriebe tätig sind. Die Industriebesetzung dieser Industrie zu Ausfuhrzwecken ist geradezu eine staatliche Notwendigkeit. Da sie gegenwärtig fast ausschliesslich ausländische Rohwaren verarbeitet und lediglich für den inneren Markt arbeitet, so belastet sie ungemein die Passiva der Bilanz des Warenverkehrs mit dem Auslande und ist einer der wichtigsten Faktoren des niederen Standes der polnischen Valuta auf den ausländischen Märkten.

Die Textilindustrie verarbeitet, zu 50% ihrer Leistungsfähigkeit in Betrieb gesetzt, im Laufe eines Jahres 36 000 Tonnen Baumwolle für die Summe von ungefähr 1 Milliarde Frank und 17 000 Tonnen Wolle, ebenfalls für die Summe von ungefähr 1 Milliarde Frank. 25 Prozent der Erzeugnisse für den inneren Markt zurücklassend, könnte die Textilindustrie Baumwollwaren für die Summe von 32 000 mal 0,75 mal 75 000 — 1,8 Milliarden Frank und Wollwaren für die Summe von 14 000 mal 0,75 mal 110 000 — 1,2 Frank jährlich ausführen, was nach Bezahlung der Rohstoffe ein Saldo von 1 Milliarde Frank jährlich ergibt.

Ein sehr **wichtiger Ausfuhrartikel** kann schon in der allernächsten Zeit **Zement** sein. Die polnischen Zementfabriken sind imstande, über 40 000 Tonnen Zement monatlich herzustellen, wovon mindestens 25 000 Tonnen für die Ausfuhr verwendet werden können. Dieser Artikel würde sich ausgezeichnet als Ballast für die amerikanischen Schiffe eignen, die für Polen Getreide, Lebensmittel und Rohwaren bringen. Die Schaffung von Ausfuhrartikeln für diese Schiffe wird für die Beziehung Polens zu den Ländern jenseits des Ozeans eine sehr grosse politische und wirtschaftliche Bedeutung haben, die Kosten des Seetransportes vemindern und es möglich machen, polnische Waren nach Ländern abzusetzen, die die höchste Valuta haben.

II. Teil.

Infolge des Kohlenmangels war man nicht in der Lage, die ganze **Glasindustrie** in Betrieb zu setzen. Es ist zu erwarten, dass den Glashütten vom Staate eine grössere Menge Kohle geliefert wird. Auch dem

Sodamangel wird dadurch abgeholfen, da in Matwy, Provinz Posen, eine **Sodafabrik** errichtet wurde.

Die **Porzellanindustrie** kann 100 000 T. jährlich produzieren, 90 Prozent der Erzeugnisse dieser Industrie wurden vor dem Kriege ins Ausland ausgeführt. Sie ist eine typische Ausfuhrindustrie. Durch den Krieg hat sie nur wenig gelitten; ihre Erzeugnisse nehmen die Konkurreenz überall im Auslande auf. Die Inbetriebsetzung dieser Industrie hat ebenfalls für den Staat eine ungeheure Bedeutung, da sie im Falle eines genügenden Vorrats an Erd für mindestens 600 Millionen Mark ausführen kann.

Eine erstklassige Bedeutung für das wirtschaftliche Leben Polens hat die **Naphtalindustrie.** Da sie keine Kohle erhält, ist sie gezwungen Naphta als Brennmaterial zu benützen und vergeudet auf diese Weise ungefähr 12 000 Tonnen wertvollen Materials monatlich. Hier muss unbedingt bald eine Änderung eintreten. Die Naphtaindustrie muss Kohle erhalten und das zur Beheizung der Kessel verwandte Naphta muss ausgeführt werden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass **alle Zweige der Industrie monatlich für 146 Millionen französische Frank ausführen können.**

Hieraus ergibt sich die grosse Bedeutung, die im gegenwärtigen Augenblick die durch den Krieg zerstörte Industrie besitzt. Da dies Land gegenwärtig landwirtschafliche Artikel nicht ausführen kann, ja sogar auf die Einfuhr amerikanischen Getreides angewiesen ist, so muss das Schwergewicht bei der Verbesserung der Valuta auf die Industrie übertragen werden.

Die Ausfuhrfähigkeit hängt jedoch auch von der Grösse und Leistungsfähigkeit des Eisenbahnparks ab. Zur Verwirklichung des Ausfuhrplanes sind ungefähr 17 000 Güterwagen notwendig. Wer die Schwierigkeiten kennt, mit denen die Industrie infolge des Mangels an rollendem Material zu kämpfen hat, wird zugeben, dass von dieser Seite die grösste Gefahr droht. Die Regierung wird daher die grösste Aufmerksamkeit der Vergrösserung des Eisenbahnparkt und der Verbesserung des Verkehrswesens zuwenden müssen.

Dr. S.

Wieder ein gefälschtes Flugblatt.

Die „Volksstimme" veröffentlicht den Inhalt eines Flugblattes, das nach Angabe der „Volksstimme" aus Sohrau stammt, wo es angeblich ganz offen in Massen unter die oberschlesischen Insurgententruppen verteilt wurde. Die „Volksstimme" gibt dann weiter die Gründe an, warum das Flugblatt gerade in Sohrau entstanden ist.

Die Angabe der Voksstimme, dass das Flugblatt aus Sohrau stammt, ist erstunken und erlogen. Es handelt sich wieder einmal um eine der üblichen Lügen der Volksstimme", die alle möglichen Nachrichten erfindet, um auf diese unehrliche Weise der Versöhnungssache zu schaden. Lügen haben jedoch immer kurze Beine. Wenn die „Volksstimme" sich den Inhalt des Flugblattes durchgelesen hätte, dann hätte sie wohl etwas gescheiteres erfunden als die lügenhafte Behauptung, dass das Flugblatt infolge der angeblichen Verhältnisse in Sohrau entstanden ist. **Das Flugblatt ist nicht nur in Sohrau,** verteilt worden, **sondern in ganz Oberschlesien,** und zwar wurde es **aus dem** zuletzt über Oberschlesien erschienenen **deutschen Flugzeug** überall — auch in Gleiwitz — **herabgeworfen.** Die Insurgenten, die angeblich vernünftig geworden sind, halten sich, wie aus dem Inhalt des Flugblattes hervorgeht, bei den Deutschen auf. Schon der Umstand, dass das Flugblatt von jenseits der Grenze stammt, ist natürlich ein Beweiss, dass es sich um gar keine Insurgenten, sondern um eine jener ganz gewöhnlichen Fälschung handelt. Der Stil, in dem das Flugblatt abgefasst ist, **ist nicht der Stil der polnischen Berg- und Landleute,** die am Aufstande teilnehmen. Das Flugblatt ist vielmehr zweifellos in einer der vielen deutschen Fälschungszentralen in Berlin oder in Breslau entstanden.

Sommerfrieden.

Vor einigen Tager war ich im Kreise Pless, einer von den beiden Kreisen, die ja von Anfang an Polen zugesprochen werden sollten. Nach den Meldungen, die die alldeutschen Blätter über die Vorgänge der Aufstandsbewegung im Plesser Gebiet gebracht hatten, war ich der Annahme, dass sich noch Spuren des Aufstandes vorfinden würden Auf dem Bahnhof in Pless beispielsweise eine kurze aber höfliche Prüfung der Ausweispapiere — weiter erinnerte **nichts** daran, dass ich mich mitten im sogenannten Aufstandsgebiet befand. Von all den Schauermärchen, die die deutschen Zeitungen verbreitet hatten, wie z. B. Zerstörungen im Schlosse, Flucht zahlreicher deutscher Familien, Verschleppung und Misshandlung deutscher Bürger, **nichts aber auch garnichts** war daran wahr. Friedlicher denn je gingen die Bürger ihren Geschäften nach und in vollkommenster Ruhe wickelte sich der gesamte Verkehr ab. Am Schloss ein paar französische Posten, die sich langweilen, weil sie nichts zu tun haben, denn für Ruhe und Ordnung sorgt jeder Bürger selbst.

Ich nahm dann Gelegenheit mich an massgebender Stelle darüber zu erkundigen, was denn eigentlich an den angeblichen schweren Kämpfen zwischen der bisherigen italienischen Besatzung und den Insurgenten wahr sei. Auch hierüber verbreitet man dieselben bewussten Lügen wie anderswo. **Kein einziger Italiener ist im Kampfe gefallen,** nur ein italienischer Hauptmann und ein italienischer Soldat sind im ersten Durcheinander des Aufstandes verwundet worden, und zwar erst, als die italienischen Truppen auf die einrückenden polnischen Insurgenten, die mit den Italienern durchaus keinen Kampf wollten, geschossen hatten.

Bis auf einige deutsche Bürger, die freiwillig das Gebiet verlassen haben, befinden sich alle wohlbehalten in ihren Wohnungen und nicht ein Mensch ist als Geisel verschleppt worden. Unwillkürlich fragte ich mich, **warum eigentlich alle diese Schauernachrichten,** die jeder Wahrheit entbehren, **in die Welt gesetzt werden** und ich fand nur die eine Antwort, die **alldeutschen Zeitungen** und ihre Hinterleute wollen unter allen Umständen **provozieren** und Unruhe schaffen, **statt der Wahrheit die Ehre zu geben** und nationalen Ausgleich und nationale Versöhnung zu predigen.

So wie ich es in Pless vorfand, war es auch in allen anderen Orten, durch die ich kam, qualmende Schornsteine zeugten davon, dass die Industriearbeit ihren gewohnten Gang nimmt und geschäftige Landbewohner mühten sich auf ihrem Acker. Und über allem lacht die warme Sommersonne und in Frieden und Sicherheit wiegt sich die ganze Gegend.

Das ist das Aufstandsgebiet im Kreise Pless, wie es in Wirklichkeit aussieht.

Dr. S.

Künftige Verwaltungsaufgaben in Oberschlesien.

Zu Anfang der Aufstandsbewegung lasen wir in einem Aufruf Korfantys den sehr richtigen und wohl jedem objektiven Oberschlesier aus der Seele gesprochenen Satz: „In Oberschlesien muss jede Spur der preussischen Herrschaft beseitigt werden". Was hier Korfanty als berufener Sprecher der oberschlesisch-polnischen Bevölkerung zum Ausdruck brachte, ist die Monroe-Doktrin für Oberschlesien, die von Anfang an von uns erhoben worden ist, nämlich: **Oberschlesien den Oberschlesiern.** Wenn auf Grund der praktischen Erfolge, die die Aufstandsbewegung schon gezeitigt hat, Korfanty und der Vollzugsausschuss gemeinsam mit der Aufstandsführung jetzt daran gehen, verwaltungstechnische Massnahmen zu treffen und notwendig erscheinende Verordnungen zu erlassen, so ist dies nur die konsequente Durchführung der oberschlesischen Forderungen. Und mit Recht als Rechtsinstrument steht diesem Vorgehen der Versailler Friedensvertrag zur Seite, der den Rechtstitel für diese Massnahmen bietet. Im Artikel 88 Anhang Paragraph 1 heisst es:

Sogleich nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages und binnen einer auf nicht länger als 14 Tage zu bemessenden Frist haben die deutschen Truppen wie auch die deutschen Beamten den der Abstimmung unterliegenden Bezirk zu verlassen.

Dieser Vertrag ist von Deutschland anerkannt und somit rechtswirksam. Wäre die Durchführung dieser Bestimmungen nicht deutscherseits durch allerhand diplomatische Quertreibereien unterbunden worden, dann wäre heute die Säuberungsaktion, die die polnische Bevölkerung vorgenommen hat, nicht nötig. Wären die Beamten, insbesondere die leitenden Beamten im Verwaltungs-, Gerichts- und Verkehrswesen schon längst aus Oberschlesien herausgezogen worden und zwar, wie es der Friedensvertrag vorschrieb **vor der Abstimmung,** dann würde sich vermutlich die ganze polnische Erhebung jetzt im wesentlichen erübrigt haben.

So aber hat nunmehr das polnische Volk in Oberschlesien im Wege der Erhebung richtig gestellt, was eigentlich nach dem Versailler Vertrag selbstverständlich war, bisher aber sündlich unterlassen worden ist. Wenn also die Oberste Zivilverwaltung im Aufstandsgebiet anfängt, hierin Wandel zu schaffen und als eine der ersten Aufgaben es erblickt, die Bestimmungen des Versailler Vertrages zur Durchführung zu bringen, so ist dies unseres Erachtens eine nicht hoch genug anzuerkennende Initiative, wenn nicht, angesichts des Wirtschaftsstillstandes, geradezu Notwendigkeit, die von jedem objektiv denkenden Oberschlesier ganz gleich ob er polnisch oder deutsch gesonnen ist, **nur gutgeheissen werden muss.**

D. S.

Die Frontberichte.

Lagebericht vom 13. 6. 1921.

Nachdem die Kampfhandlungen auf Wunsch der I. K. eingestellt wurden, wird auch die Ausgabe des täglichen Lageberichtes bis auf Weiteres eingestellt.

Trotzdem wir alle Kampfhandlungen unterlassen, **haben die Deutschen** am 12. d. Mts. nach starker Artillerievorbereitung **Zembowitz angegriffen,** wodurch unseren ahnungslosen Abteilungen ziemlich schwere Verluste zugefügt wurden. Am gleichen Tage wurde **von deutscher Seite** auch **Markowitz** (Kr. Ratibor) angegriffen und das Städtchen **Nensa** mit Artillerie **heftig bombardiert.**

gez.: **Lubieniec,** Chef des Stabes.

(Waffenruhe und gemeiner Überfall. Wer belobhudelt da noch die Höfer'schen Horden? Die Red.)

Redaktion, Druck u. Verlag Dr. Felix Sterne, Myslowitz O.-S.